



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 25.10.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Grünbühl West - Verkehrs- und Freiraumkonzept

Vorl.Nr. 373/18

Abweichender Beschluss:

Das Verkehrs- und Freiraumkonzept für das Wohnquartier Grünbühl West vom 13.09.2018 wird als Grundlage für die weitere Ausarbeitung beschlossen. ***Dabei ist ein Stellplatzschlüssel von 1,3 Stellplätzen je neu geschaffener Wohneinheit in der Summe mit privaten und öffentlichen Stellplätzen bezogen auf das Gesamtgebiet im Endausbau zu berücksichtigen.*** Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Entwurfs- und Baubeschluss sowie einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Herr **Leban** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) das Gremium über den aktuellen Stand der Baumaßnahme „Südnoten/Busschleuse“. Die Information erfolgt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Stadträtin **Liepins** merkt an, dass während der Bauarbeiten die Busfahrgäste in Neckarweihingen gezwungen seien, fast einen Kilometer bis an die Haltestelle Landäckerstraße, also am anderen Ende der Ortschaft, zu laufen. Auch die Busverbindung in der Au fahre selten. Bewohner aus diesem Bereich, die auf den Bus angewiesen seien, müssen entweder über die Neckarbrücke an die Bushaltestelle beim Aldi oder bis an die Haltestelle am anderen Ende der Ortschaft laufen. Das erachtet Stadträtin Liepins als problematisch. Die Verwaltung habe die einspurige Erschließung an dem Friedhof zugesichert. Diese Erschließung müsse bis nächste Woche funktionieren. Andernfalls müsste der Südnoten gesperrt werden und der Nordknoten würde lediglich einspurig befahrbar sein.

BM **Ilk** versichert, dass die angesprochene Erschließung rechtzeitig erfolgen werde.

Stadtrat **Noz** möchte wissen, ob mit Abschluss der Bauarbeiten auch der durchgängige Radweg an der Marbacher Straße erledigt wäre.

Herr **Leban** entgegnet, dass Arbeiten zur Belagsausgleichung noch ausstehen. Auch müsse der Radweg mit Randsteinsatz an die Brücke und in Richtung Innenstadt angeschlossen werden. Die Verwaltung rechne noch vor Weihnachten mit einer Fertigstellung.

Das Gremium nimmt diese Information zur Kenntnis.

Anschließend stellt Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, das Verkehrs- und Freiraumkonzept Grünbühl West vor.

Stadtrat **Noz** sagt, dass die CDU-Fraktion mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellplatzschlüssel von 1,25 nicht einverstanden sei. Grünbühl habe bereits jetzt Probleme mit dem ruhenden Verkehr. Dieses Problem werde sich mit der neuen Bebauung voraussichtlich verschlimmern. Deshalb beantrage die CDU-Fraktion den Stellplatzschlüssel auf 1,5 pro Wohneinheit zu erhöhen. Weil das Betreute Wohnen nicht viele private Parkflächen benötige, sollten hiervon Parkflächen entnommen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Somit könnten 20 Prozent mehr öffentliche Stellplätze entstehen. Dadurch, dass laut Planung ein Ringverkehr ohne zusätzliche Querung angelegt werden soll, werde in Grünbühl West künftig mehr Verkehr erzeugt. Um die Fahrtwege zu kürzen, wäre eine zweite Durchwegung außerhalb der Hauptverkehrsachsen notwendig. Deshalb beantrage die CDU-Fraktion die Schaffung einer weiteren Durchfahrtsbeziehung als Mischverkehrsfläche – etwa im Bereich der Memelstraße. Stadtrat Noz bittet, das Gremium über diese beiden Anträge abstimmen zu lassen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** betont, dass es sich hier um ein Wohngebiet handle, in dem Menschen wohnen sollen, die eine bezahlbare Wohnung in einer schönen und sicheren Umgebung suchen. Diese Anwohner werden nicht mehrere Autos vor der Tür stehen haben. Zusätzliche Parkplätze werden demnach in diesem Bereich nicht benötigt. Stadträtin Steinwand-Hebenstreit findet die vorgestellte Planung sehr gelungen und stimmig. Durch das baurechtliche Ausweisen zweier Flächen im Norden als Standort für Quartiersparkplätze sei ihrer Meinung nach der künftigen Verkehrs- und Bevölkerungsentwicklung bereits Rechnung getragen. Den Antrag der CDU-Fraktion versteht Stadträtin Steinwand-Hebenstreit als Störfeuer gegen die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL). Zudem bittet sie drauf zu achten, dass nicht viel Fläche versiegelt werde und die Menschen sich auf der Straße gut und sicher bewegen können. Der präsentierten Konzeption stimme die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerne zu.

Stadträtin **Liepins** sagt, sie habe das Ergebnis des Workshops „Verkehrs- und Freiraumkonzept Grünbühl West“, in dem auch Vertreter des Stadtteilausschusses Grünbühl-Sonnenberg teilgenommen haben, als Einigung verstanden. Die SPD-Fraktion erachte das präsentierte Konzept als sehr überzeugend und ansprechend. Die Grünen Anger seien ihrer Meinung nach sehr wichtig, weil sie Aufenthaltsqualität bieten und dabei helfen würden, dass der Stadtteil grün bleibt. Stadträtin Liepins stellt klar, dass die SPD-Fraktion keinen Stellplatzschlüssel von 1,5 pro Wohneinheit möchte. Zudem sei die Möglichkeit in Puncto Parken bei Bedarf nachzusteuern durch die geplanten Flächen für Quartiersparkplätze gegeben. Die -Fraktion könnte sich vorstellen, die Elbestraße in zwei Richtungen für den Mischverkehr befahrbar zu machen.

Stadträtin **Orzechowski** ist damit einverstanden, dass die Warthestraße zum Grünen Anger wird. Dass jedoch der Abschnitt der Netzestraße zwischen der Donaustraße und der Oderstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt werden soll und keine Stellplätze mehr vorhanden sein sollen, sieht sie als problematisch an.

In dem Workshop „Verkehrs- und Freiraumkonzept Grünbühl-West“ mit Vertretern des Stadtteilausschusses und des Gemeinderats am 18.09.2018 sei der Kompromiss geschlossen worden, die Netzestraße nur provisorisch vom Durchgangsverkehr freizuhalten, um die verkehrlichen Auswirkungen während dieser Zeit zu beobachten. Nach Ansicht von Stadträtin Orzechowski müsste diese Straße offen gehalten werden, weil sonst der Hauptverkehr über die Neißestraße an der Schule, der Kindertagesstätte und dem Sportgelände entlang fahren würde sowie weiter am Mehrgenerationenhaus und am Betreuten Wohnen vorbei. Das sei laut Stadträtin Orzechowski nicht optimal. Sie fragt, ob künftig im oberen Viertel der Oderstraße weiterhin links und rechts geparkt werden könne. Zudem möchte sie wissen, was die Verwaltung unter „verkehrsberuhigte Pregelstraße“ verstehe. Denn diese Straße werde bereits jetzt nur sehr wenig von Autos befahren. Bei der Vor-Ort-Begehung hatte der Stadtteilausschuss Grünbühl-Sonnenberg die Pregelstraße und das Rondell als geeigneten Elternhalt vorgeschlagen. Man habe damals nicht über einen Elternhalt vor der Eichendorffschule gesprochen, wie er nun von der Stadtverwaltung eingerichtet wurde. Um den Stellplatzbedarf im Bereich der Sportanlagen zu decken werde angestrebt, weiterhin eine Lösung für die Nutzung des Schulhofs der Eichendorffschule als Parkierungsfläche zu finden. Gleichzeitig soll aber die Anzahl der Stellplätze in diesem Bereich reduziert werden. Stadträtin Orzechowski sieht darin einen Widerspruch. Die Verwaltung plane, zwei Flächen im Norden als Parkplatzflächen auszugewiesen. Dort könnten je nach Bedarf bis zu 120 Stellplätze geschaffen werden, die als Quartiersparkplätze für die Bewohner zur Verfügung gestellt werden können. Stadträtin Orzechowski hofft, dass die Finanzmittel hierfür zur Verfügung stehen werden. Der Vorl.Nr. 373/18 stimme sie zu.

Solange der ÖPNV in Ludwigsburg nicht verbessert worden sei, sieht Stadtrat **Rothacker** die Notwendigkeit, einen Stellplatzschlüssel von 1,3 pro Wohneinheit für Grünbühl West festzusetzen mit der zusätzlichen Option einer einfach gebauten und begrünten Quartiersgarage. Das formuliert er auch als mündlichen Antrag. Bei einer Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Zukunft könne der Stellplatzschlüssel auf 0,9 pro Wohneinheit reduziert werden. Auch die Quartiersgarage könnte in diesem Fall leicht zurückgebaut werden.

Stadträtin **Burkhardt** gefällt das vorgestellte Verkehrs- und Freiraumkonzept sehr gut. Auch deshalb, weil die Planer versucht haben, in Puncto Mobilität einige neue Ansätze umzusetzen, die in anderen Städten bereits verwirklicht wurden. Beispielsweise der Ansatz, dass Parken sich in Parkhäusern konzentrieren und auf der Straße stattfinden sollte. Zudem gefalle ihr, dass in diesem Bereich verstärkt preisgünstige Wohnungen angeboten werden sollen und es einen großen Anteil an Grünflächen geben soll. Sie freut sich, dass die alten Bäume, die sich in einem guten Zustand befinden, erhalten bleiben werden. Stadträtin Burkhardt stimmt dem Beschlussvorschlag auf der Vorl.Nr. 373/18 zu.

Herr **Kurt** sagt, dass sich der Vorschlag von Stadtrat **Rothacker** zunächst logisch anhört. Er würde jedoch voraussetzen, dass in dem betroffenen Gebiet bereits 400 Wohneinheiten angesiedelt wurden. Die Ansiedlung soll jedoch stufenweise erfolgen. Man werde zunächst im südlichen Bereich mit wenigen Wohneinheiten beginnen. Es sei vorgesehen das Parkplatzangebot gemäß dem Wachstum des Baugebietes nachzusteuern. Eine hohe Anzahl von Stellplätzen sei zu Beginn gar nicht notwendig. Auf die Wortmeldung von Stadträtin **Orzechowski** eingehend sagt Herr Kurt, dass die Sperrung der Netzestraße zwischen der Donaustraße und der Oderstraße für den Durchgangsverkehr auch provisorisch erfolgen könne. Wichtig sei jedoch, den Stellplatzschlüssel festzuzurren, weil dieser für den Bebauungsplan maßgebend sei. Sollte das Gremium auch mit der Anzahl der Stellflächen auf den Potenzialflächen einverstanden sein, würde die Verwaltung auch diese im Bebauungsplan sichern.

Auf den angesprochenen Elternhalt Bezug nehmend sagt Herr **Hubberten** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung), dass dieser in Rücksprache mit der Eichendorffschule und dem Fachbereich Bildung und Familien an seinem aktuellen Standort eingerichtet wurde. Dort sei ein Bedarf erkannt worden. Zudem habe es die Befürchtung gegeben, dass ein Elternhalt in der Pregelstraße nicht angenommen würde. Der Fachbereich Stadtplanung und Vermessung habe jedoch die Rückmeldung erhalten, dass der Elternhalt vor der Eichendorffschule noch nicht optimal funktioniere. Die Schule und der Fachbereich Bildung und Familie werden diesbezüglich erneut mit den Eltern sprechen. Parallel habe die Fachbereich Sicherheit und Ordnung überlegt, das Parken im dortigen Bereich neu zu ordnen und an die Südseite zu nehmen, was etwas mehr Parkraum schaffen würde.

Stadträtin **Orzechowski** schlägt vor, den Elternhalt vor der Eichendorffschule so zu belassen bis der 1. Bauabschnitt E fertig gestellt wird. Danach könnte der Elternhalt in der Pregelstraße und dem Rondell neu integriert werden.

Herr **Hubberten** teilt mit, dass die Verwaltung diese Anregung zur weiteren Prüfung mitnehmen werde.

BM **Ilk** geht auf den mündlichen Antrag der CDU-Fraktion ein und erklärt, dass ein Stellplatzschlüssel von 1,5 pro Wohneinheit sowie ein Stellplatzschlüssel von 0,2 für öffentliches Parken bedeuten würden, dass die Bäume, die man durch ein Verschieben der Baufenster sorgsam geschützt habe, gefällt und Grünflächen zu versiegelten Flächen gewandelt werden müssten. Auch würde man Gefahr laufen, dass ein Teil dieser Stellplätze zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr benötigt wären. Zudem würden die oberirdischen Stellplätze die Autofahrer dazu verleiten, nicht in die Tiefgarage zu fahren, sondern aus Gründen der Bequemlichkeit oberirdisch zu parken.

Stadtrat **Noz** kann sich die von Stadtrat Rothacker erwähnte Quartiersgarage ebenfalls gut in diesem Gebiet vorstellen. Denn sie werde sowohl für die Schule als auch für die Kleingartenanlage und die Anwohner benötigt. Der Bedarf an Stellplätze sei seiner Ansicht vorhanden.

Herr **Eckstein** (Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH) teilt mit, dass es eine Mehrfachbeauftragung für die Hochbauten im Bereich E gegeben habe. Zudem existiere ein verabschiedeter Rahmenplan, welcher die Positionierung und die Geschossigkeit der Gebäude darstelle. Im Bereich E stehe die Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL) kurz vor dem Abbruch der Bestandsgebäude. Der Abbruch soll im Laufe des Monats erfolgen und bis Januar 2019 abgeschlossen werden. Deshalb könne zum aktuellen Zeitpunkt keine elementare Änderung an der Planung vorgenommen werden, ohne dass dadurch ein riesiger Aufwand entstehen würde. Die WBL habe bislang einen für sie klaren Auftrag verfolgt und möchte im Grünbühl West ein lebens- und zukunftsfähiges Wohngebiet schaffen. Herr Eckstein betont, dass zurzeit überall ein Umdenken stattfinde und zwar dahingehend, dass man den Fußgängern und Anwohnern mehr Raum einräume als dem Kfz-Verkehr. Aus diesem Grund seien zukunftsfähige Lösungen gefragt. Für die WBL wäre es fatal, jetzt in etwas zu investieren, das mit immensen Kosten verbunden wäre und für das nach wenigen Jahren eventuell keine Verwendung mehr gegeben wäre. Ein Stellplatzschlüssel von 1,5 pro Wohneinheit müsste oberirdisch realisiert werden, zumal die WBL im Bereich E Schwierigkeiten damit habe, einen Stellplatzschlüssel von 1,0 in die Tiefgaragen abzubilden. Das hänge mit den Flächen zusammen. Mehr oberirdische Stellplätze würden wiederum bedeuten, dass die Grünen Anger, die elementare Bestandteile der Planung und überdies ausdrücklicher Wunsch der Anwohner seien, entfallen müssten. Auch der mühsame Erhalt der Bäume wäre gefährdet.

Herr Eckstein appelliert an das Gremium, den Wunsch nach einem höheren Stellplatzschlüssel zu überdenken.

Stadträtin **Orzechowski** vertraut darauf, dass die Verwaltung abschnittsweise nachbessern werde, wenn man bemerken sollte, dass die Stellplätze nicht ausreichen.

Stadtrat **Link** plädiert für eine Quartiersgarage im südlichen Bereich. Denn es werde bereits zum jetzigen Zeitpunkt Parkraum für die Schule, die Anwohner und die Kleingartenanlage dringend benötigt. Im nördlichen Bereich könnte eine Quartiersgarage erst dann gebaut werden, wenn sie tatsächlich gebraucht würde.

BM **Ilk** lässt die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt über die mündlich gestellten Anträge abstimmen.

Zunächst wird über den Antrag der CDU-Fraktion, den Stellplatzschlüssel pro Wohneinheit auf 1,5 zu erhöhen und einen Stellplatzschlüssel von 0,2 für öffentliches Parken im Gebiet Grünbühl West festzusetzen, abgestimmt.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird über den weiteren Antrag der CDU-Fraktion, die Memelstraße weiterhin für den PKW-Verkehr offen zu halten, abgestimmt

Dieser Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Als letztes stimmen die Ausschussmitglieder über den Antrag der Freien Wähler-Fraktion, einen Stellplatzschlüssel von 1,3 Stellplätzen je neu geschaffene Wohneinheit in der Summe mit privaten und öffentlichen Stellplätzen bezogen auf das Gesamtgebiet im Endausbau zu berücksichtigen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Änderungen, die sich durch den angenommenen Antrag der Freien Wähler ergeben, werden im Beschlussvorschlag auf der Vorl.Nr. 373/18 berücksichtigt.

Deshalb stimmt das Gremium nach der Aussprache über den geänderten Beschluss ab.

TOP 2**Fußwegekonzept Ludwigsburg
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Herr **Papsch** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Bezug auf die Präsentation nehmend stellt BM **Ilk** klar, dass die Stadt durchaus Geld für die Fußwegeplanung ausgibt. Allerdings seien diese Summen nicht gesondert ausgewiesen, sondern in die Straßenplanung enthalten.

In der anschließenden Aussprache verweist Stadtrat **Noz** auf das Verkehrskonzept 2030 Plus der CDU Ludwigsburg. Für den Fußgängerverkehr in der Stadt sieht dieses Verkehrskonzept folgendes vor: „Plätze in der Innenstadt sind attraktiver zu gestalten. Der Marktplatz, der schon vor vielen Jahren verändert wurde, der Rathausplatz und der Akademiehof haben durch die Umgestaltung an Attraktivität gewonnen. Die Umgestaltung von Schillerplatz/Arsenalplatz mit Parkierung unter der Erde ist der nächste richtige Schritt. Um die Sicherheit von Fußgängern zu verbessern, sind wo nötig, Querungen zu anderen Verkehrsarten mit Zebrastreifen oder mit Fußgängerampeln zu regeln. An den Bordsteinen sind Abflachungen vorzunehmen, um für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen Verbesserungen zu erreichen. Die Fußgängerzonen sind instand zu halten und so auszugestalten, dass sie zum Verweilen einladen. Verbindungen von Parkmöglichkeiten und Querungen der Fußgängerbereiche müssen geschaffen und dort wo vorhanden besser gekennzeichnet werden. Beispiele hierfür sind die Verbindung vom Rathaushof über die Seestraße zum Arsenalplatz, die Verbindung von der Myliusstraße zum Schillerplatz und zum Solitude-Parkhaus. Wo möglich sind weitere öffentliche Toiletten, auch für in der Mobilität eingeschränkte Personen, zu schaffen und Hinweisschilder aufzustellen.“ Stadtrat Noz sagt, dass in dem Verkehrskonzept 2030 Plus der CDU Ludwigsburg vieles von dem enthalten sei, was Herr Papsch in seiner Präsentation vorgestellt habe. Deshalb werde die CDU-Fraktion das Fußwegekonzept der Stadt Ludwigsburg positiv begleiten.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** ist davon überzeugt, dass der Verkehr aus der Stadt, insbesondere aus zentralen Bereichen wie die Innenstadt, herausgenommen werden müsste, wenn man etwas für die Fußgänger erreichen möchte. Zudem sollten sichere Überwege von den Stadtteilen in die Stadt hinein errichtet werden, die auch für mobilitätseingeschränkte Menschen geeignet wären. Jeder fahrende und parkende PKW in dem Bereich, den man gerne den Fußgängern überlassen würde, sei nach Ansicht von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit ein Hindernis und halte die Leute davon ab, sich zu Fuß fortzubewegen. In dem Vortrag von Herrn Papsch habe sie den Vorschlag konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation für Fußgänger vermisst. Auch seien keine neuralgischen Verkehrspunkte benannt worden.

Laut Stadträtin **Liepins** müsse die Verkehrssituation für die Fußgänger nicht nur in der Innenstadt, sondern auch bei den diversen Freizeit- und Naherholungsangeboten im Stadtgebiet verbessert werden. So können sich z. B. an vielen Stellen entlang des Neckars Fußgänger nicht mehr problemfrei bewegen. Stadträtin Liepins fordert eine Trennung der Fuß- und Radwege im Naherholungsbereich oder zumindest eindeutige Regelungen, welche die Situation für die Fußgänger verbessern würden. Selbstverständlich gebe es auch in der Innenstadt zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten für den Fußgängerverkehr. Stadträtin Liepins hätte sich in der heutigen Sitzung konkrete Vorschläge der Verwaltung hierzu gewünscht – und zwar untermauert mit Zahlen. Sie gehe davon aus, dass die Stadtverwaltung im Haushaltsplan Vorschläge unterbreiten werde, wie aus der Null eine andere Zahl werden könnte. Diese Vorschläge könnten durch die Fraktionen, Gruppen und Einzelstadtrinnen und -stadträte ergänzt werden. Auch sichere Überwege, insbesondere für Kinder und ältere Menschen, werden dringend benötigt.

Stadtrat **Rothacker** plädiert für ein ganzheitliches Verkehrskonzept, das alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Bei dieser Gelegenheit erinnert er daran, dass die Einzelhändler wiederholt kundgetan haben, dass der Autoverkehr in der Innenstadt bleiben sollte, um diese weiterhin mit Kunden und Besuchern zu beleben.

Stadträtin **Burkhardt** unterstreicht die Bedeutung eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes für Ludwigsburg. Es sei bedauerlich, dass die Stadt bislang kein beschlossenes Fußwegekonzept habe. Hierzu würde nicht nur die Innenstadt gehören, sondern auch die Anbindung der Stadtteile an die Innenstadt und umgekehrt sowie die Breite der Fußwege. Stadträtin Burkhardt sieht in der Fußwegeplanung und in der Realisierung dieser Planungen einen wesentlichen Teilbereich einer umweltgerechten Mobilitätsplanung. Sie erwarte als Ergebnis ihrer Anträge keine wenig aussagekräftigen Antworten. Vielmehr wünsche sie klare Planungsvorschläge auf der Basis der bei den Veranstaltungen im Jahr 2016 erhaltenen Anregungen sowie auf der Basis früherer Planungen aus den späten 1990er Jahren, als ein Ludwigsburger Gesamtkonzept unter Berücksichtigung aller Verkehrsarten intensiv diskutiert, aber nicht beschlossen wurde. Stadträtin Burkhardt sagt klar, dass sie eine schriftliche Antwort der Stadtverwaltung auf ihre Anträge zum Thema „Fußwegeplanung“ erwarte.

Stadtrat **Lettrari** weist daraufhin, dass der Fußweg vom Alten Oßweiler bis zur Fuchshofstraße sehr oft als Radschnellweg missbraucht werde. Er bittet die Verwaltung hier Hinweisschilder aufzustellen, welche den Weg explizit als Fußgängerweg ausweisen.

Stadträtin **Dr. Knoß** erinnert an ihren Antrag, vor dem Westausgang des Bahnhofs auf der Pflugfelder Straße „Fußspuren“ aus fluoreszierender Spezialfarbe bzw. -folie anzubringen. Das Überqueren der Pflugfelder Straße am Westausgang sei für Fußgänger wegen des starken Verkehrs häufig nur mit unzumutbaren Wartezeiten und unter Gefahr möglich. Die Fußgänger seien daher auf die verstärkte Rücksichtnahme der Autofahrer angewiesen, die das Tempo weiter drosseln oder kurzfristig anhalten müssen, um das Überqueren der Straße zu ermöglichen. Beim Fußwegecheck des Verkehrsministeriums sei die Problematik an dieser Stelle begutachtet und objektiv bestätigt worden. Als Lösungsmöglichkeit sei die Anbringung der genannten Fußspuren vorgeschlagen worden. Bislang sei jedoch nichts passiert. Stadträtin Dr. Knoß weist daraufhin, dass es in der Dämmerung für die Fußgänger oft zu dunkel sei, weil in Ludwigsburg die Straßenlichter später als in anderen Städten angehen würden. Zudem plädiert sie für mehr Kontrollen in der Innenstadt, weil viele Autos die Gehwege zuparken und somit die Fußgänger behindern.

Stadtrat **Seybold** vertritt die Meinung, dass der Verkehr so geregelt werden müsste, dass ein friedliches Miteinander aller Verkehrsarten ermöglicht werde. Das Auto zu verteufeln sei nicht die richtige Lösung, insbesondere nicht in einer Region deren stärkster Wirtschaftszweig die Automobilindustrie und ihre Zulieferer bilden.

Stadtrat **Link** schlägt vor, beschädigte Gehwege in der Stadt sukzessive zu sanieren, um das Gehen zu Fuß zu erleichtern. Dabei sollte mit den am stärksten beschädigten Gehwegen begonnen werden.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zu Kenntnis.

TOP 2.1

**Stadtplanungskonzept zur Umsetzung von
Barrierefreiheit, Unterstützung und Mobilität der
älter werdenden Bürgerinnen und Bürger
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012**

Vorl.Nr. 550/12

Beratungsverlauf:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betrachtet diesen Antrag nicht als erledigt.

TOP 2.2

**Fußwegekonzept
- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Die Linke) vom 24.01.2013**

Vorl.Nr. 028/13

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Burkhardt** betrachtet diesen Antrag nicht als erledigt. Sie wünscht eine schriftliche Antwort der Stadtverwaltung darauf.

TOP 2.3

**Erarbeitung von Vorschlägen zur Behebung der
Klimaprobleme in den verschiedenen Stadtbereichen
Ludwigsburgs
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 23.11.2016**

Vorl.Nr. 481/16

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Burkhardt** betrachtet diesen Antrag nicht als erledigt. Sie wünscht eine schriftliche Antwort der Stadtverwaltung auf ihren Antrag.

TOP 2.4

**Fußwegeplanung als Teil einer zukünftigen
Verkehrsplanung
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 21.11.2017**

Vorl.Nr. 517/17

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Burkhardt** betrachtet diesen Antrag nicht als erledigt. Sie wünscht eine schriftliche Antwort der Stadtverwaltung auf ihren Antrag.

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt. Die heutige Diskussion sollte auf das Ergebnis der im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales erfolgten Beratung aufbauen. Dort wurde die Beratung jedoch vertagt, weil seitens des Gremiums Informationsbedarf bestanden hat.